ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)"

Article

Strukturerneuerung und Beschäftigungspolitik

Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)

Provided in Cooperation with:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Suggested Citation: Die Redaktion der Zeitschrift "Wirtschaft und Gesellschaft (WuG)" (1985) : Strukturerneuerung und Beschäftigungspolitik, Wirtschaft und Gesellschaft (WuG), ISSN 0378-5130, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Wien, Vol. 11, Iss. 2, pp. 169-173

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/332181

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Editorial

Strukturerneuerung und Beschäftigungspolitik

Die konjunkturelle Erholung, die nun schon das zweite Jahr andauert und den aktuellen Prognosen zufolge sich 1986 fortsetzen wird, schafft in Österreich eine beschäftigungspolitische Atempause. Gegenüber 1983 sind etwa 25.000 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden. Damit wird 1985 zwar die Beschäftigung immer noch um etwa 40.000 unter dem 1981 erreichten Höchststand von fast 2,8 Millionen liegen, doch konnte bei dieser Entwicklung zumindest der überwiegende Teil des aus demographischen Gründen zuwachsenden Arbeitskräfteangebots Beschäftigung finden und die Arbeitslosenrate bei 4½ Prozent nahezu stabilisiert werden. Freilich bleibt die Tatsache beunruhigend, daß trotz der verbesserten Konjunktursituation die Arbeitslosenzahlen leicht zunehmen.

Es ist wohl ein glücklicher Zufall, daß die innenpolitischen Turbulenzen im Winter und Frühjahr 1984/85 in eine Periode der konjunkturellen Festigung und Erholung fielen – in einer wirtschaftlich kritischen Phase wären wahrscheinlich nachteilige Folgen für die wirtschaftliche Stabilität eine unausweichliche Folge gewesen. Nachdem die österreichische Innenpolitik nun wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gelangt zu sein scheint, kann erwartet werden, daß der Wirtschaftspolitik von der Öffentlichkeit wieder mehr Augenmerk zugewendet wird.

Die Atempause im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bietet der Wirtschaftspolitik nun die Möglichkeit, sich intensiv den Aufgabenbereichen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und Förderung der positiven Strukturanpassung zuzuwenden. Die budget- und steuerpolitischen Maßnahmen vom Herbst 1983 haben bewirkt, daß das Nettodefizit des Bundeshaushalts von 5,4 Prozent 1983 auf 4,5 Prozent 1984 sank. Unter Berücksichtigung des damit verbundenen kurzfristigen Entzugseffekts auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf ist die BIP-Wachstumsrate des abgelaufenen Jahres von 2,2 Prozent als positives Ergebnis zu werten. In anderen Ländern hatten die Wachstumseinbußen infolge der Budgetkonsolidierung weitaus stärkere gesamtwirtschaftliche Folgen, vor allem auf der Beschäftigungsseite. In Österreich lag das Wirtschaftswachstum 1984 nur knapp unter dem europäischen OECD-Durchschnitt, die Arbeitslosenrate blieb konstant. 1985 wird die Senkung des Nettobudgetdefizits fortge-

setzt. Nach der Einnahmenentwicklung der ersten Monate scheint sogar ein geringerer Wert als die für heuer budgetierten 4,4 Prozent des BIP möglich. Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag sollten in der gegenwärtigen Konjunktursituation dazu benutzt werden, die Neuverschuldung geringer als ursprünglich angenommen zu halten. Je stärker das Defizit heuer und 1986 gesenkt werden kann, umso größer ist der Spielraum für antizyklische fiskalpolitische Maßnahmen in künftigen Rezessionen.

Im Bereich der industriellen Strukturpolitik liegt der Schwerpunkt der bereits angekündigten oder diskutierten Maßnahmen bei der Modernisierung der Industrie. Die Bemühungen, in wichtigen Hochtechnologiebereichen Anschluß zu halten bzw. neuen Anschluß zu finden, erfordern nicht zuletzt auch Neugründungen. Neuansiedlung ausländischer Unternehmungen oder Unternehmenskooperationen können wesentlich zur Beschleunigung des Technologietransfers nach Österreich beitragen. Auf mittlere Sicht verfolgen die großen industriellen Projekte auch das Ziel, der österreichischen Wirtschaft auch mittelbar Impulse zur technischen Modernisierung von Prozessen und Produkten zu geben. Durch die Hereinnahme von Produktionsbetrieben der Mikroelektronik sollen die Weiterverarbeitung der Bauelemente und damit auch die Anwendung in den hiefür in Frage kommenden Industrie- und Dienstleistungsbranchen forciert werden.

Das Wachstums- und Innovationspotential der heimischen Industrieunternehmungen kann, wie die Vielzahl von technischen Neuentwicklungen und Verbesserungen der letzten Jahre zeigt, in wesentlichem Maße zur Strukturanpassung beitragen. Die Wirtschaftspolitik muß in diesem Zusammenhang danach trachten, Hindernisse und Schwierigkeiten bei der industriellen Umsetzung von solchen Innovationen überwinden zu helfen. Diese Hindernisse sind zu einem erheblichen Teil durch die Enge des Binnenmarktes bedingt sowie durch die relative Kleinheit des bestehenden industriellen Produktionsapparates, der oft nicht das fertigungstechnische Know-how erbringen kann und von dem nicht jener feed back von der Anwendungsseite her kommt, wie dies in großen Industrieländern der Fall ist. Der neu gegründeten Innovationsagentur ist hier ein weiter Tätigkeitsbereich eröffnet. Es müssen jeweils die geeigneten Kooperationsformen zwischen österreichischen, oft auch mit ausländischen Partnern gefunden werden, um möglichst zu verhindern, daß wie so oft in der Vergangenheit wertvolle Erfindungen und Neuentwicklungen im Ausland industriell umgesetzt und verwertet werden und Österreich nur die Lizenzeinnahmen verbleiben. Einmal verloren, sind die damit verbundenen

Arbeitsplätze für Österreich meist nicht wiederzugewinnen. Weitere Maßnahmen sind die Schaffung von Technologieparks, wie dies etwa vom Bundesministerium für Bauten und Technik geplant wird und die seed capital-Finanzierung.

Ein Hindernis für die industrielle Nutzung des heimischen Innovationspotentials sind auch die Kapitalmarktverhältnisse in diesem Land. Für die Finanzierung von Expansionsschüben bereits etablierter Unternehmen oder von aufstrebenden Neugründungen fehlt es an Möglichkeiten zur Mobilisierung von Eigenkapital von außen. Für kleinere Unternehmungen könnte diesem Mangel durch die neue Venture-Kapitalgesellschaft abgeholfen werden. Auch die angekündigten Maßnahmen zur Beseitigung der Doppelbesteuerung der Erträge aus Kapitalgesellschaften sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung, da für einige dynamische Unternehmungen die Kapitalaufbringung auf dem Aktienmarkt für ihre künftige Expansion durchaus jetzt schon oder in absehbarer Zukunft interessant sein könnte. Der Erfolg wird nicht zuletzt auch von der Bereitschaft der Eigentümer solcher Unternehmungen abhängen, eine breitere Streuung von Aktien zu akzeptieren. Eine positive Wirkung mancher – leider nicht aller – Genußscheinfonds liegt zweifellos darin, das Bewußtsein potentieller Anlegerschichten dafür zu wekken, daß es in Österreich eine gar nicht so kleine Anzahl von dynamischen Unternehmungen gibt, deren Produkte keineswegs immer „high tech" sein müssen, um sich auf den Exportmärkten durchzusetzen. Zahlreiche Beispiele zeigen, daß man mit guten Ideen auch bei technisch „simplen" Konsumgütern gute Umsätze erzielen kann.

Wenn die meisten dieser Unternehmungen für sich auch nur eine verhältnismäßig geringe Zahl von Arbeitskräften beschäftigen, so kommt durch die Expansion vieler Kleiner in Summe doch eine ins Gewicht fallende Zahl von Arbeitsplätzen zustande, so daß diese Bemühungen zur Förderung der industriellen Strukturanpassung auch beschäftigungspolitisch begründet sind.

In manchen konservativ ausgerichteten Kreisen ist es in letzter Zeit modern geworden, einen Gegensatz zwischen innovations- und technologieorientierter Wirtschaftspolitik einerseits und beschäftigungsorientierter Wirtschaftspolitik andererseits zu konstruieren. Amerika als das Land der unbegrenzten Möglichkeiten in neuen Technologien wird immer als Musterbeispiel für die erstgenannte Orientierung angeführt. In den USA wurde das Beschäftigungsziel in der Wirtschaftspolitik weitgehend fallengelassen, die Maßnahmen wurden zunächst auf Preisstabilisierung und dann auf Wachstum hin orientiert. Die Beschäftigungszunahme in diesem Land in den letzten Jahren ergab sich quasi als ein

„Nebenprodukt". So wenig eine Geringschätzung der tatsächlichen Erfolge der USA in der Hochtechnologie und ihrer industriellen Anwendung angebracht wäre, ebenso wenig dürfen dabei die weniger triumphalen Aspekte der letzten Hochkonjunktur jenseits des Atlantiks übersehen werden. Ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze sind in niedrig entlohnten Dienstleistungsbereichen mit geringen Qualifikationsforderungen entstanden; ein nicht unbeträchtlicher Teil der konventionellen Industrien leidet nach wie vor an Strukturschwächen. Die Infrastruktur wurde vielfach vernachlässigt und weist an europäischen Maßstäben gemessen nach wie vor extreme Disparitäten auf. Schließlich hat sich die Verteilungsungleichheit verschärft und die ohnehin schon geringe Homogenität der amerikanischen Gesellschaft hat eher weiter ab- als zugenommen.

In Europa hat der Strukturwandel bisher schwere Verluste gefordert. Jene Länder, in denen die „Gesundschrumpfung" forciert wurde (z. B. Großbritannien) oder wo ein größerer Rückgang von Industrieproduktion und -beschäftigung in Kauf genommen wurde als in Österreich, vermitteln nicht den Eindruck, daß dort die endogene Wachstumsdynamik eine entscheidende Stärkung erfahren hätte. Die Arbeitslosigkeit hat teilweise katastrophale Ausmaße erreicht und es gibt keine begründbare Hoffnung, daß eine neue Expansionswelle bevorsteht, die die Arbeitslosigkeit wieder beseitigen wird. Nahe liegt viel eher die Vermutung, daß die mitunter etwas krampfhaft anmutende Technologie-Euphorie zumindest in ihrer Übersteigerung ein Reflex der Aussichtslosigkeit ist, in absehbarer Zeit eine auch nur annähernd normale Beschäftigungsposition wiederzuerlangen.

Schon gar nicht erscheint es in Österreich gerechtfertigt, die beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik wegen einer angeblich nur „defensiven" Ausrichtung schlecht zu machen. Sicher hat Österreich in den letzten Jahren öffentliche Mittel in beträchtlicher Höhe für die Erhaltung von Teilen des bestehenden industriellen Produktionsapparates aufgewendet, und es wird in Zukunft notwendig sein, dieses Verhältnis wieder zugunsten der strukturerneuernden Komponente der Wirtschaftsförderung zu verschieben. Wenn in der Strukturanpassung in Österreich auch noch viel zu tun bleibt, so deutet die Exportentwicklung der letzten Jahre doch darauf hin, daß die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie von ihren immer zum Jammern aufgelegten Funktionären unterschätzt wird. Als besonders attraktiv erscheint manchen von ihnen – nicht allen, dies sei ausdrücklich festgestellt – das US-amerikanische Beispiel wegen seiner massiven Steuersenkungen für den Unternehmensbereich und für die Bezieher hoher Einkommen. Auch die

Österreichische Volkspartei ist seit längerem auf diese wirtschaftspolitische Linie eingeschwenkt.

Diese Spielart der supply side economics hält immer noch den Anspruch aufrecht, durch eine entsprechend massiv dosierte Steuersenkung gleichsam „auf einen Streich" alle Hauptprobleme der Wirtschaftspolitik zu lösen: Produktions- und Einkommensstagnation, Arbeitslosigkeit, Defizite in den öffentlichen Haushalten, Inflation. Die ursprünglich von solchen Erwartungen getragene Reagansche Wirtschaftspolitik hat bereits etliche Jahre der praktischen Bewährung hinter sich, und die Erfahrungen in den USA haben ihre Grenzen deutlich werden lassen. Heute kann niemand mehr ernsthaft die ursprüngliche Behauptung aufrechterhalten, starke Steuersenkungen führten gleichzeitig zur Lösung aller Probleme.

Das Experiment in den USA zeigt, daß Steuersenkungen das Wachstum anregen, daß jedoch gleichzeitig eine starke Erhöhung des Budgetdefizits und auch eine Passivierung der Leistungsbilanz eintritt. Es ist mehr als fraglich, ob ein kleines Land wie Österreich mit seiner viel stärkeren Abhängigkeit vom Welthandel und von den internationalen Finanzmärkten solche Risken überhaupt in Kauf nehmen könnte.

Periodische Steuersenkungen zur Entlastung der mittleren und unteren Einkommensschichten sind notwendig, um ein gewisses Wachstum der verfügbaren Einkommen zu ermöglichen und um die soziale Symmetrie im Steuersystem zu gewährleisten. Patentrezept einer Wachstumsstrategie, deren theoretische Grundlage, die sogenannte „Laffer-Kurve", von Anfang an schwach war, sind Steuersenkungen jedoch nicht.

Als Alternative erscheint die Fortsetzung der auf einer Kombination von Nachfragesteuerung, Angebots- und Einkommenspolitik beruhenden Wirtschaftspolitik, die dem Beschäftigungsziel die oberste Priorität gibt, immer noch erfolgversprechender. Die Erhaltung der relativ günstigeren Arbeitsmarktlage in Österreich wird selbst unter den etwas verbesserten internationalen Wirtschaftsperspektiven eine schrittweise Reduzierung des Arbeitsangebots durch Arbeitszeitverkürzung erfordern. Auch für die Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen zwischen den Kollektivvertragspartnern ist eine Phase der konjunkturellen Erholung günstiger als eine Rezession. Von einer als Reaktion auf eine Rezession ad hoc durchgeführten Arbeitszeitverkürzung wären nur geringe beschäftigungspolitische Wirkungen zu erwarten. Die beschäftigungspolitischen Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung sind dann am größten, wenn diese Maßnahme präventiv angewendet wird.